



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International **öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 79

Statt Rekordprofiten wollen wir

Arbeit

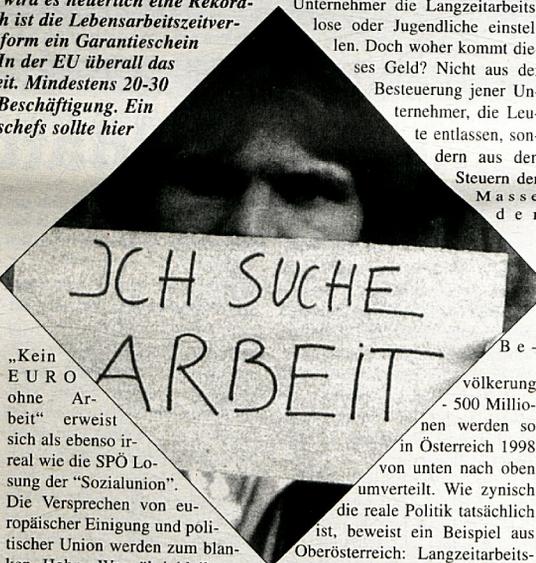
„Die Mitarbeiter sind mein wichtigstes Einsparungspotential“ meinte OMV-Chef Richard Schenz und baut trotz Rekordergebnissen weitere 800 Mitarbeiter ab. In den Böhler Ybbstalwerken droht die Betriebsleitung den Beschäftigten: „Lohnopfer oder arbeitslos!“. Im Winter 1997/98 wird es neuerlich eine Rekordarbeitslosigkeit geben. Zusätzlich ist die Lebensarbeitszeiterhöhung durch die Pensionsreform ein Garantieschein für zukünftige Arbeitslosigkeit. In der EU überall das selbe Bild: Massenarbeitslosigkeit. Mindestens 20-30 Millionen Menschen sind ohne Beschäftigung. Ein Gipfeltreffen der EU-Regierungschefs sollte hier Abhilfe schaffen ...

von Martin Birkner
SOV Wr. Neustadt

Auf dem Beschäftigungsgipfel wurde zwar viel gesprochen, aber in Wirklichkeit gibt es nur ein einziges konkretes Ergebnis: Es werden keinerlei verbindliche Regelungen auf gesamteuropäischer Ebene getroffen.

EU der Unternehmer

Einmal mehr zeigt sich, daß die Europäische Union ausschließlich einem Zweck dient: Argumente für die Neoliberale Wirtschaftspolitik zu haben und diese durchzuführen. Die Gewerkschaftskampagne



„Kein EURO ohne Arbeit“ erweist sich als ebenso irreal wie die SPÖ Lösung der „Sozialunion“. Die Versprechen von europäischer Einigung und politischer Union werden zum blanken Hohn. Was übrigbleibt vom

Beschäftigungsgipfel sind jetzt „nationale Interventionspläne“. In der europäischen Praxis bedeutet das letztlich Lohnsubventionen für Unternehmer die Langzeitarbeitslose oder Jugendliche einstellen. Doch woher kommt dieses Geld? Nicht aus der Besteuerung jener Unternehmer, die Leute entlassen, sondern aus den Steuern der Masse der

Leute arbeiten immer mehr bzw. produktiver, während gleichzeitig immer mehr Menschen aus dem Erwerbsleben gedrängt werden. Als Allheilmittel wird dann die Arbeitsmarktpolitik der USA bezeichnet. Sichere Vollzeitarbeitsplätze werden zu unsicheren, unterbezahlten und schwer gewerkschaftlich organisierten „Mc Jobs“. Bei uns schlagen Unternehmer und Regierung in die selbe Kerbe: „Flexibilisierung“. Zum Beispiel durch längere Ladenöffnungszeiten, Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen und Wegfall von Überstundenregelungen.

Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn kann dieser Entwicklung gegensteuern. Nur so kann vorhandene Arbeit auf alle Menschen aufgeteilt werden. Gleichzeitig bedeutet das für die/den einzelnen ArbeitnehmerIn weniger Belastung und mehr Freizeit. Wer diese politische Forderung durchsetzen soll, steht auf einem anderen Blatt. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat fast 200 Millionen Mitglieder. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat starke Mitgliedssektionen in allen westeuropäischen Ländern. Demonstrationen von einigen tausend FunktionärInnen jedes halbe Jahr (wie auch während des Beschäftigungsgipfels) sind viel zu wenig, tun niemand weh und wirken eher wie Alibiaktionen. Vor allem wenn Fritz Verzetnitsch (er ist Vorsitzender der des EGB) im eigenen Land die Standortlogik verteidigt und der ÖGB Flexibilisierungen, Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten und Sparpaketen zustimmt.

Ende der Arbeit?

Bürgerliche Wissenschaftler, die das „Ende der Arbeit“ herbeireden, sehen die Arbeitslosigkeit als unabänderbar an, und entwerfen aus Ohnmacht vor einer scheinbar allmächtigen Globalisierung Konzepte, die von arbeitsfreien Grundeinkommen bis „Nachbarschaftshilfe als Arbeit“ reichen. Es gibt bereits Studien, die nachweisen, daß 20% der momentan Beschäftigten - bei gleichbleibender Arbeitszeit - ausreichen würden, um alle weltweit benötigten Güter herzustellen. An diesem Beispiel manifestiert sich die gesamte Unlogik des kapitalistischen Systems. Immer weniger



Aus dem Inhalt:

Seite 2
EinE linker BundespräsidentIn?

Seite 3
Sonntagsarbeit

Seite 4/5
Schwerpunkt
Börsenkrach 1997

Seite 7
Radikale Islamisten

Seite 8
Rechtsextrem Bur-schenschaften

Frankreich als Alternative?

Positiv ist das durch die Bewegungen gegen Sozialabbau in Frankreich die Frage der Arbeitszeitverkürzung wieder in die Diskussion eingebracht wurde. Tatsächlich soll es in Frankreich mit der angekündigten Arbeitszeitverkürzung auch großzügige Ausgleichszahlungen für Unternehmen geben und die Arbeitszeitverkürzung betriebsweise geregelt werden. Letzteres bedeutet das der beschäftigungswirksame Effekt nicht besonders hoch sein wird. In Frankreich sollen durch Investitionsprogramme im öffentlichen Bereich 350.000 Arbeitsplätze für Jugendliche auf fünf Jahre geschaffen werden. Die Erkenntnis, daß in den letzten 10-15 Jahren defacto nur der öffentliche Sektor Arbeit geschaffen hat ist nicht neu. Trotz-

dem wird seit Jahren der öffentliche Dienst in ganz Europa zusammengestutzt. Auch in Frankreich privatisiert die Regierung weiter.

Die französischen Maßnahmen stellen keinen wirklichen Gegen-trend dar: Die Bezahlung für diese Jobs erfolgt deutlich unter dem Kollektivvertrag, die neuen ArbeitnehmerInnen werden so zu LohndrückerInnen und Waffe für Sparmaßnahmen bei den anderen Beschäftigten. Weiters ist eine Weiterbeschäftigung nach den fünf Jahren völlig unsicher - auch das macht erpressbar. Klar ist aber auch, daß die Regierung auf dünnem Eis agiert: Der Streik der LKW-FahrerInnen hat gezeigt das die französischen KollegInnen bereit sind sich weiter zu wehren.

Der Standpunkt

Licht ins Dunkel

Ob heuer wieder ein Spendenrekord erzielt wird, können wir von der SOV nicht prognostizieren. Sicher ist, daß durch Sparpakete, Weihnachtsgeldbesteuerung und Pensionsreformen weniger als letztes Mal unter dem Weihnachtsbaum liegen wird. Welche Geschenke werden es wohl in jenen 100.000 Familien geben, die unmittelbar von Armut betroffen sind? Der Handel hat bereits Umsatzeinbußen verkündet. Ausgenommen sind „natürlich“ Konsumtempel a la Multiplex, wo uns Unternehmer gemeinsam mit dem Landeshauptmann den Verlust der Sonn- und Feiertagsruhe „schenken“. Sicher ist aber auch, daß sich Millionen Menschen trotzdem den einen oder anderen Hunderter „herausreißen“ und spenden werden, um zumindest irgend etwas gegen das Massenphänomen Armut in Österreich getan zu haben. Weniger ehrenhaft und vor allem ungläubig wirken allerdings die medienwirksam überreichten Schecks irgendwelcher Spitzenpolitiker und Wirtschaftskapitäne, die verantwortlich für Rekordarbeitslosigkeit und Sozialabbau zeichnen. Sie haben die Chuzpe, sogar das „soziale Gewissen der Nation“ - sprich der ArbeiterInnenklasse im Sinne der neoliberalen Ideologie auszuschlachten. „In Zeiten des staatlichen Rückzugs aus allen Bereichen finde ich Initiativen wie Licht ins Dunkel besonders positiv“ - meinte ein Fensterhersteller, welcher ein Lebkuchenherz für öS 25.000,- bei der ORF-Licht ins Dunkel-Gala ersteigerte, singenmäßig. Seine „großzügige Spende“ kann er wahrscheinlich auch noch steuergünstig abschreiben.



von John Evers

Was ist schlimmer als Kokain?

Aber es gibt doch auch Lichtblicke zum Jahreswechsel. Heiter stimmt die Diskussion um „Goldi“. Offensichtlich ist aus Sicht der diversen Staberls der Start für Jugoslawien weit schlimmer als der Konsum harter Drogen. Zumindest ist man sich einig, daß dieser Akt unverzeihlich sei. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Goldbergers Plan, für Grenada zu fliegen, keinen ähnlichen Aufschrei auslöste. Immerhin ist das dortige Regime das Ergebnis einer brutalen US-Militärintervention in den 80ern. Wie dem auch sei, „Goldi“ macht das, wozu bürgerliche Journalisten täglich auffordern: Er sichert ohne Rücksicht auf Verluste seinen persönlichen Vorteil.

Blauer Engel abgestürzt

Das Frohe Fest für die FPÖ blieb aus: Gerade 250.000 unterschrieben ihr „Schilling-Volksbegehren“. Tatsächlich war diese Aktion als kostengünstige Werbung für kommende Wahlgänge konzipiert. Zumindest dieser Propagandagag ist ordentlich in die Hose gegangen - ein durchaus erfreulicher Jahresausklang, der Linken und GewerkschafterInnen die Chance gibt, 1998 das Thema Maastricht-Sozialabbau zu besetzen.

Was wäre sonst noch vom Christkind zu wünschen? Eine Kandidatur gegen Sozialabbau und NATO bei den Bundespräsidentenwahlen. Doch fromme Wünsche werden nicht reichen. Denn bekanntlich gibt es das Christkind nicht...

MieterInneninitiative Wels

Neues aus Wels

„I weiß gar nicht, was Ihr wegen dem Schimmel habts, aufm Käst ist's ihn ja auch!“. Das bekam eine Wohnungssuchende vom Heimstätten-Obmann Matejka zu hören, als sie sich wegen der angebotenen verschimmelten Wohnung beschwerte!

von Thomas Rappel und Franz Breier, SOV ÖÖ

Bei der letzten Gemeinderatssitzung „wagte“ es die Grüne Eva Hebel, im Sinne der MieterInneninitiative, ebendiesem Matejka „anzuzweifeln“; eine peinliche Schrei- und Brüllorgie war die Folge. Die MieterInneninitiative ist übrigens von nun an vereinsrechtlich abgesichert. Die Vorbereitungen zur ersten großen Versammlung im Jänner laufen.

Die Heimstätte versucht nun, die unliebsame Initiatorin der MieterInneninitiative, Theresia Landauer, zu delogieren. Mit einer Reihe fadenscheiniger Begründungen inklusive des Vorwurfs, sie hätte die MieterInneninitiative „vorgeschoben“.

Ein Verfahren ist anhängig. Wegen weiterer Delogierungen startete die

Initiative bereits eine Kampagne mit Petitionsschreiben. Im Fall einer Mutter mit fünf Kindern wurde bereits ein Aufschub erwirkt. Für die Familien, die noch vor Weihnachten auf die Straße gesetzt werden sollen, hat die (gemeinnützige) Heimstätte nicht einmal Wohnungen als Ersatz parat! Im Schimmel-Fall der Familie Schuster verzögert die Heimstätte: Die Übersiedlung ist aufgrund mangelhafter Fensteranierung seit einem Monat überfällig; von einer schriftlichen Entschädigungsvereinbarung fehlt noch jede Spur.

Ein großer Erfolg ist, daß der Druck der MieterInneninitiative nun das Land OÖ dazu gebracht hat, eine Prüfung bezüglich der Annuitäten (von MieterInnen zu leistende Rückzahlungen von Krediten) und -abrechnungen einzuleiten; eine zusätzliche Eingabe beim Bezirksgericht wird erste Klarheit im Gewirr um die extrem hohen Annuitätenzahlungen bringen.

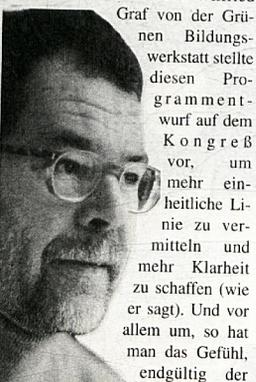
Welche Eigenschaften braucht ein Grüner?

Seriös & kompetent?

Wer der neue grüne Bundessprecher werden soll, steht noch nicht fest. Klar ist, daß nicht eine offene inhaltliche Diskussion, sondern die Akzeptanz durch die Medien die entscheidende Rolle bei der Auswahl spielt. Die sogenannte Basisdemokratie ist die Diktatur jener, denen von NEWS, ORF, Profil... gerne ein Mikrofon vor die Nase geschoben wird; und das ist nicht die Basis.

von Niki Hoffmann, SOV Wien Süd

Auf dem letzten Bundeskongreß wollte die „Partei ohne Programm“ ein gemeinsames Grundsatzkonzept beschließen. Wilfried



Resolution der SOV-Bundesleitung

Linke Kandidatur nötig

Resolution der SOV-Bundesleitung zur Bundespräsidentenwahl:

1) Das Amt des Bundespräsidenten ist wie keine andere öffentliche Funktion mit autoritären Vollmachten und Privilegien ausgestattet. Wir treten daher grundsätzlich für die Abschaffung dieses Amtes ein. Diese prinzipielle Ablehnung kann allerdings für SozialistInnen nicht bedeuten, diese - für viele ArbeitnehmerInnen als wichtig empfundene - Wahl zu ignorieren.

2) Der ÖVP-Kandidat Klestil ist für uns ebenso selbstverständlich unwählbar wie Heide Schmidt, Herr Nowak von der rechten Tarnliste der „Neutralen“, Großunternehmer Richard Lugner oder ein FPÖ-KandidatIn.

3) Die Tatsache, daß die SPÖ keine eigene Kandidatin/en nominiert, wird von vielen ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen als Katastrophe empfunden. Der Hintergrund für diesen Schritt der SPÖ-Führung ist im ungebremsen Verbürgerlichungsprozeß der Sozialdemokratie zu suchen. Die schmälere werdende ArbeitnehmerInnenbasis der SPÖ spielt eine immer geringere Rolle bei der Entscheidungsfindung der Parteigänger. War es früher traditionell selbstverständlich für die SPÖ, in jedem Fall eine Kandidatin/en ins Rennen zu schicken - selbst wenn man von einer Niederlage ausging -, regiert heute nur mehr der bürokratische Kurzschuß. „Unnötige Kosten und unnötige Polarisierung vermeiden“, lautet die Begründung von Klima, Rudas & Co. Tatsächlich ist die SPÖ-Spitze zu jeder gesellschaftlichen Polarisierung von links unfähig und unwill-

Parteibasis klarzumachen, daß die Sache mit der Kapitalismuskritik schon längst in die Schubladen der Vergangenheit verstaubt gehört. So wird von „Spielräumen“ und der Ausgewogenheit zwischen Markt und Staat geschrieben. In Zeiten, wo Privatisierungen für unzählige Beschäftigte und KonsumentInnen fatale Folgen haben, spricht sich der Programmtext gegen „Staatsdirigismus“ aus und fordert für einzelne Bereiche sogar Privatisierungen.

Der Parteiprogrammentwurf ist aber eigentlich nicht aus diesem Grund abgelehnt worden. Der Knackpunkt war das Kratzen am Prinzip Gewaltfreiheit. Chorherr unterschätzte die emotionale Sprengkraft dieser Umorientierung auf „Friedenssicherung, notfalls mit Gewalt“. Gemeint ist damit „natürlich“ nicht das Recht Unterdrückter auf Selbstverteidigung, sondern Polizeiaktionen von UNO und letztlich NA-

TO zur weltweiten Umsetzung von „law and order“ im Sinne des Westens. Der Hintergrund für diesen eindeutig „rechten“ Programmtextwurf ist der grundsätzliche Versuch der Parteispitze, „Berechenbarkeit“ für Medien und die anderen Parteien - also Regierungsfähigkeit zu demonstrieren. Über diesen Punkt herrscht offensichtlich Konsens. Die Grünen sind keine Partei mit verschiedenen Flügeln. Es gibt keine Bereitschaft der sich als „links“ Verstehenden, offen den Kampf aufzunehmen, programmatische Gegenentwürfe zu formulieren. Nur so hätte ein linker Kandidat wie der Gewerkschafter Karl Öllinger Chancen oder auch Sinn.

Der aussichtsreichste Kandidat ist nun Wirtschaftssprecher Van der Bellen. Der bemüht sich, zu betonen, daß die Grünen nicht zum „linken Ast der SPÖ“ werden sollen. Klar, daß die Medien und auch politische Gegner in ihm einen „respektablen“ Kontrahenten sehen. Der politischen Notwendigkeit Druck von „links unten“ gegen Haider und Regierungssozialabbau zu machen, würden die Grünen mit ihm genausowenig wie unter Christoph Chorherr gerecht.



Seitenblicker unter sich

TO... - und ein durchaus möglicher Achtungserfolg würde allen Beteiligten nützen und einen interessanten Ansatz für eine neue linke ArbeiterInnenbewegung bieten.

6) 6.000 Unterstützungsunterschriften wären zunächst die wohl größte Hürde für dieses Projekt. Wir halten es allerdings für absolut möglich, daß ein wirklich breites, linkes Bündnis, das tief in den SPÖ-Bereich hineinreicht, diese Unterschriften zusammenbringen kann. Gleichzeitig wären linksblinkende MandatarInnen von SPÖ und Grünen in die Pflicht zu nehmen, durch ihre Unterstützung jeder Nationalratsabgeordnete zählt für tausende Unterschriften) entsprechend beizutragen.

7) Die Suche nach einer/m Kandidatin/en müßte das geringste Problem sein. Wir sind der Meinung, daß hier das Augenmerk weniger bei ehemaligen Spitzenpolitikern liegen - der/die Kandidat/in selbst sollte ein klarer Kontrapunkt zu den anderen BewerberInnen sein. Die österreichische ArbeiterInnenbewegung verfügt über antifaschistische WiderstandskämpferInnen oder engagierte BetriebsrätInnen, die ihr Leben lang „ihre Pflicht erfüllt haben“.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts, Wien 7; Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Auf der Wunschliste der Wirtschaftskammer:

Weiter Flexibilisieren...

Bereits zwei Jahre ist es her, seit der 8. Dezember vom "Sonn- und Feiertagsruhe Gesetz" mittels Parlamentsbeschlusses angenommen wurde. Diese kampflose Niederlage der Gewerkschaft war nur ein Schritt auf dem Weg der Wirtschaftskammer die Handelsangestellten zu NiedrigverdienerInnen auf Abruf zu machen.

von Ali Kropf,
SOV Wien Süd

Über die massiven Schlechterstellungen für Handelsangestellte durch das Offenhalten am 8. Dezember kann auch nicht der in der GPA-Zeitung unter dem Titel "Der große Durchbruch" gefeierte heurige Kollektivvertragsabschluss für den 8. Dezember hinwegtäuschen. Was ist denn für die Handelsangestellten der "große Durchbruch"? Etwa die Tatsache, daß vorerst nur im Handel am 8. Dezember gearbeitet werden muß oder daß es vielleicht die nächsten zwei, drei Jahre noch hohe Überstundenzuschläge für den 8. Dezember geben wird, bevor er zu einem "normalen" Arbeitstag wird?

Wirtschaftskammer & Geschäftsleute sind angesichts des Nicht-Widerstandes der Gewerkschaft auf

den Geschmack gekommen: Sie fordern weitere "Liberalisierung" der Ladenöffnungszeiten. Begründet wird das zum einen mit "Kundenfreundlichkeit" und zum anderen verspricht der Bundessektionsobmann für Handel der Wirtschaftskammer, Erich Lemler, daß dadurch 8.000 Vollzeitstellen geschaffen werden würden. Entgegen allen Versprechungen wurden aber keine Vollzeitstellen geschaffen, sondern im Zeitraum von August '96 bis '97 im Zuge der Aufweitung der Ladenöffnungszeiten 1.598 Vollzeitstellen vernichtet.

Dagegen kommt es zu einem explosionsartigen Anstieg der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse im Handel. Bereits 17% der 228.261 Beschäftigten im Handel arbeiten nur noch in einer Teilzeitanstellung. Fast jede dritte Frau im Handel hat

keinen Vollzeitjob mehr und die Tendenz ist weiter steigend. Teilzeitarbeit bedeutet für viele den Anfang vom Abwärts in die Armut, denn weniger Arbeit bedeutet auch weniger Lohn und der Handel ist ohnehin eine "Niedriglohnbranche".

Der nächste Schlag: Für den Handel soll Sonntagsarbeit eingeführt werden - Stichwort Multiplex. Zuerst sperrt die Geschäftsleute un-erlaubt ihre Geschäfte am 20. April auf und ein halbes Jahr später legalisierte der NÖ-Landeshauptmann Pröll dies mittels Verordnung. Damit darf jetzt jeden Sonntag im Multiplex aufgesperrt werden. (Vorerst nur, wenn nur die Besitzer und ihre Angehörigen darin arbeiten.)

Seit dem 16.11. sind die Geschäfte im Multiplex jeden Sonntag geöffnet, gleich am ersten Tag wurde die Verordnung erlassen. Der Besitzer des Möbelhauses KARE, Rettensteiner, stellte mittels Werkertrages(!) zwei StudentInnen für diesen einen Tag an. Außerdem beobachtete die AK-NÖ noch, daß manche Geschäfte bereits ab 10 Uhr 15

und bis 19 Uhr 15 offen hatten. Darauf angesprochen erklärte der Initiator der Sonntagsaktion Langauer: "Das wird es immer geben, die Leute wollen schließlich Ge-Kampfmaßnahmen werden immer notwendiger

schaffen". Laut einer Umfrage der GPA-NÖ fürchten rund zwei Drittel der Beschäftigten im Multiplex bereits um ihre Sonntagsruhe.

Die Gewerkschaftsproteste richten sich in erster Linie an die Adresse von Landeshauptmann Pröll, von dem sie eine Rücknahme der Verordnung fordert. Dazu wurde eine Demonstration in St. Pölten am 20.11. organisiert zu der immerhin rund 3.000 GewerkschafterInnen und auch zahlreiche Beschäftigte des Handels, wie die 450 Personen starke Delegation des Billa zeigte, kamen. In ziemlich radikalen Wortenbeiträgen, bis hin zum Aufmarsch



vor dem Regierungssitz, forderten die Gewerkschafter die Rücknahme des Dekrets, während einige Gewerkschaftsfunktionäre mit LH Pröll verhandelten. Als das negative Ergebnis der Verhandlung verlautbart wurde brach lautstark der Unmut unter den DemonstrantInnen aus. Aber anstatt zu weiteren konkreten Kampfmaßnahmen zu rufen bzw. sie zu organisieren, drückte die Gewerkschaftsspitze den DemonstrantInnen nur Unterschriftenlisten gegen die Sonntagsarbeit in die Hände. So fährt man aber keine sieg, sondern höchstens eine neuerliche Niederlage ein!

Unabhängige GewerkschafterInnen -UG

Als ÖGB-Fraktion anerkannt

Der Verbund parteiunabhängiger Gewerkschaftsorganisationen UG im ÖGB ist am 19. November 1997 vom ÖGB-Bundesvorstand als Fraktion anerkannt worden. Mit diesem Schritt wurde eine wichtige UG-Forderung erfüllt.

von Thomas Kerschbaum,
KIV-Personalvertreter/
UG-Aktivist

Die Plattform „Unabhängige GewerkschafterInnen“ versteht sich als Zusammenschluß überparteilicher und parteiunabhängiger Listen auf Personalvertretungs-, Betriebsrats- und Gewerkschaftsebene. Sie tritt für eine Demokratisierung des ÖGB ein und steht z.B. für die Umverteilung zugunsten sozial Benachteiligter, für die Gleichstellung aller In- und AusländerInnen im Arbeitsleben, im politischen und im sozialen Bereich und für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse.

Der ÖGB und seine Einzelgewerkschaften werden von einem bürokratischen Apparat dominiert: Wer nicht Betriebsrat/Personalvertreter ist, hat de facto keinen Einfluß auf die Politik und Arbeit des Apparates ÖGB. Außerdem gibt es da noch die Fraktionen (die seit 1945 nicht einmal im Statut verankert waren, obwohl sie in der Praxis bis heute die entscheidende Rolle spielen). Fraktionsunabhängige GewerkschafterInnen haben praktisch keinen Platz im ÖGB. In vielen Fällen kann ein fraktionsloser AktivistIn nicht einmal Mitglied einer Ortsgruppenleitung werden, sondern muß auf einer Fraktionsliste kandidieren. In den meisten Gewerkschaften gibt es nicht einmal Gewerkschaftswahlen, sondern es werden die Ergebnisse der Betriebsrats/Personalvertretungswahlen auf die Gewerkschaft umgelegt. Falls eine BR- oder PV-Liste nicht in der Gewerkschaft vertreten ist, Pech ge-

habt... Die Plattform UG bietet alternativen, parteiunabhängigen, linken... Gewerkschaftsgruppen oder -listen einen Platz, um im ÖGB überhaupt einen Standort zu haben.

Überparteilich und Unabhängig

In der UG haben sich der Namenlistenverbund **KIV** (in der GdG eine anerkannte Fraktion), die **UG** in der GÖD (noch keine anerkannte Fraktion in der GÖD) und die „alternativen und grünen GewerkschafterInnen“ (früher **GS**, sind Bundesfraktion in der GPA und auch vertreten in den GMBE, KMB und DuP) und parteiunabhängige BR-Listen organisiert. Der SOV-GewerkschaftsStammisch arbeitet in der UG mit und ist ohne Stimmrecht im Koordinationsausschuß der UG kooperiert.

Seit 1995 gibt es eine Fraktionsordnung, die erstmals festlegt, welche Voraussetzungen Gruppen erfüllen müssen, um als Fraktion anerkannt zu werden. Linke haben es im ÖGB schwer - man/frau muß sich zu einer Fraktion bekennen, um demokratische Rechte im ÖGB ausüben zu können. Es gibt aber auch noch den GLB und linke FSGlerInnen, mit denen die SOV zusammenarbeiten möchte, um eine demokratische und kämpferische Gewerkschaft aufzubauen und zu leben. Die Fraktion ist ein zweischneidiges Schwert: einerseits Repräsentation im ÖGB, andererseits verhindert die derzeitige Fraktionsexistenz eine effiziente Zusammenarbeit von linken GewerkschafterInnen - z.B. bei AK-Wahlen. Die UG bekennet sich zu Überpar-

teillichkeit und Unabhängigkeit der Gewerkschaft, weil die FSG-FCG-Führung den ÖGB in eine Sackgasse der politischen Gängelung durch SPÖ und ÖVP geführt haben. Der ÖGB muß im Sinne der SPÖ-Führung die Sozialpartnerschaft exekutieren, die Demokratie in der Gewerkschaft und der Kampf für die sozialen Interessen der ArbeiterInnen bleiben auf der Strecke. Aber: Gewerkschaften sind gezwungen, politisch zu sein. Jede Forderung, jeder Arbeitskampf stellt die Gewerkschaft vor politische Fragen. Die SOV tritt ein für eine politische Gewerkschaft, die für die grundlegenden materiellen Interessen der ArbeitnehmerInnen kämpft und auch politische Kämpfe für demokratische Rechte, für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Alternativen führt.

Wir sehen die UG als Schritt zur Demokratisierung des ÖGB. Sie ist aber kein abgeschlossenes Projekt, sondern wird sich wie die Gewerkschaften selbst verändern - ob daraus eine kämpferische, demokratische Gewerkschaft erwächst, die sinnlose fraktionelle Trennwände zwischen linken GewerkschafterInnen niederreißt, wird die Zukunft weisen und liegt in unserer Verantwortung.

Alternative und Grüne

Die Gewerkschaftliche Einheit (GE) hat sich also in „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen“ umgetauft, aus drei Gründen: „Grün als Ausdruck der Notwendigkeit verstärkter ökologischer Gedankengut in die Gewerkschaftspolitik zu verankern, dem Wunsch Rechnung zu tragen, daß es innerhalb unserer Gruppierung viele engagierte KollegInnen gibt, die sich als Grüne verstehen und auch dies nach außen dokumentieren wollen und schließlich die



Hoffnung, daß bei unterschiedlichen Wahlen (AK, BR-Wahlen) potentiell GrünwählerInnen erreicht werden.“ (GE-News) Die SOV steht dieser Entscheidung sehr kritisch gegenüber, da der Name Grün jetzt wohl auch speziell für die Partei „Grüne“ steht und weil damit auch WählerInnen und AktivistInnen der UG abgestoßen werden - es ist kein Schritt zur Integration von linken GewerkschafterInnen, sondern zieht neue Trennwände auf. Wie sollen sich den nun GewerkschafterInnen, die sich als SozialistInnen verstehen, verhalten? Diese Namensgebung ist für die SOV ein demokratiepolitischer Rückschritt, weil wir die UG als offenes linkes Projekt verstehen. Die UG kann ein organisatorischer Stützpunkt für oppositionelle Gewerkschaftsgruppen sein und weiter wachsen - aber nur, wenn nicht schon wieder eine Parteigrenze eingezogen wird. Gleichwohl sollte die Entscheidung der grünen GewerkschafterInnen akzeptiert werden, weil sie sich der „Parteiunabhängigkeit“ verpflichtet fühlen und wenn sie weiterhin keine Grenze nach links aufziehen.

'Perspektiven der europäischen Gewerkschaftsbewegung' mit mehreren VertreterInnen des 'Netzwerk für eine demokratische und kämpferische Gewerkschaft ÖTV' aus Deutschland
23.1.1998 Beginn 19 Uhr
10., Gudrunstraße 133

ÖGB

Linker Wahlsieg

von Michael Gehmacher,
SOV-Gewerkschaftssprecher

Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB - die der KPÖ nahestehende Gewerkschaftsfraktion zeigte bei den Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen im November 1997 was für Linke möglich ist. Er gewann von allen anderen Fraktionen und schaffte es bei der ÖBB zweitstärkste Fraktion zu werden. Interessant ist v.a., daß eingefleischte FSE (Fraktion Sozialdemokratischer Eisenbahner)-WählerInnen entweder der GLB wählten oder gar nicht zur Wahl gingen. Der befürchtete Erdrutschsieg der AUF/E (FPÖ-Gewerkschaftsfraktion) blieb aus. Eine Niederlage für Haider und seine „Gewerkschafter“. Der GLB erreichte je ein Mandat im Zentralausschuß und im Personalaussschuß Ost. Noch bemerkenswerter ist das Ergebnis bei den Personalvertretungswahlen. Hier stellt er nun 52 Personalvertreter (1993: 27), konnte sich also fast verdoppeln.

Dem GLB ist es damit gelungen zu zeigen, was möglich ist, wenn KollegInnen tatsächlich die Interessen der Eisenbahner vertreten.

Gerade jetzt stehen die Eisenbahner unter Beschuß. Gefordert wird analog zum neuen Pensionsrecht der BeamtenInnen die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes, was eine massive Verschlechterung bei den Pensionen bedeuten würde. Derzeit gibt sich die FSG um GdE-Vorsitzenden Novak noch kämpferisch, der GLB fordert eine Urabstimmung und gegebenenfalls Kampfmaßnahmen. Genaueres in der nächsten „Die Einheit“.

Börsenkrach 1997

Tiger wankt - Weltwirtschaft

Der Herbst ist keine gute Jahreszeit für die Börsen - 1929 und 1987 war dies der Zeitpunkt für Zusammenbrüche. Pünktlich, 10 Jahre nach dem Börsenkrach von 1987, geriet auch 1997 im Oktober die Finanzwelt in Aufregung. Ausgehend von Südostasien kam es auf allen Börsen zu tiefen Einbrüchen. Schlagartig wurde rund eine Billion Dollar vernichtet (das entspricht etwa der halben Jahreswirtschaftsleistung von Deutschland). Eine „heilsame Korrektur“ wie US-Notenbankchef Greenspan meint? Aber auch wenn die (österreichischen) Medien versuchen so zu tun, als ob nichts geschehen wäre, sind die Auswirkungen des jüngsten Börsenkrachs weitreichend.

von Sonja Grusch,
SOV Wien Nord

Seit Juni wurden die Probleme der südostasiatischen Staaten, wie z.B. Singapur, Taiwan, Südkorea - bis jetzt nannte man sie Tiger - offensichtlich. Eine Währung nach der anderen wurde abgewertet. Während man im Juli und August noch versuchte, dies als „regionale Probleme“ abzutun, wurden die weitreichenden Auswirkungen spätestens am 23. Oktober mit dem Zusammenbruch der Hongkonger Börse sichtbar. Es folgten Einbrüche an der Wall Street in New York, in London und an allen anderen wichtigen Häusern. Darauf setzte eine Kapitalflucht aus Lateinamerika und Osteuropa ein (US-Investoren haben bereits 4 % ihres Geldes aus Brasilien abgezogen). Die japanische Wirtschaft ist extrem gefährdet, in den USA werden die Wachstumszahlen nach unten revidiert und auch an der österreichischen Börse kam es just zu jenem Zeitpunkt zu Einbrüchen, als man via div. Werbespots versuchte Aktien schmackhaft zu machen.

Nicht Irrsinn sondern System

Seit zehn Jahren kletterten die Börsenkurse in schwindelerregende Höhen. Die Werte, die an den Börsen gehandelt werden, entsprechen keinen realen Werten mehr. So war es nur eine Frage der Zeit, wann die spekulative Blase zerplatze. Die „naturgemäß“ panikartige Reaktion der Spekulanten verschlimmerte die Situation weiter. Nach dem Schock sei jetzt aber wieder alles in Ordnung, denn die Basis der Wirtschaft ist ja angeblich gesund. So einfach lauten die Erklärungen der kapitalistischen Wirtschafts„experten“. Die Wahrheit sieht allerdings anders aus: Nicht ein paar irre Spekulanten sind schuld - auch nicht

Überhitzung der Finanzmärkte an sich - sondern die Weltwirtschaft steht insgesamt auf wackeligen Beinen. Wenn die ökonomische Grundlage nicht stimmt, dann können sich auch die Börsen auf Dauer nicht stabil halten. Durch die fortschreitende Verflechtung der Finanzmärkte und das enorme Tempo der Finanztransaktionen („Globalisierung“) können die Effekte von Börseneinbrüchen noch weniger als in der Vergangenheit auf Länder oder Regionen beschränkt bleiben und von einzelnen Regierungen beeinflusst werden. Der ganz normale Wahnsinn des Kapitalismus betrifft die ganze Welt.

Schwache Weltwirtschaft

Hintergrund ist die immer krisenhaftere Entwicklung der Weltwirtschaft - in erster Linie im Bereich der Produktion. Seit Mitte der 70er Jahre sind die Zuwachsraten von einem Konjunkturzyklus (darunter versteht man den Wechsel von Aufschwung - Abschwung - Aufschwung) zum nächsten immer schwächer geworden. Von einer soliden wirtschaftlichen Basis kann bei einem Wachstum von nur 3 % in den USA, 1,5 % in Japan und 1,7 % in der EU kaum gesprochen werden. Lag das Wachstum der entwickelten kapitalistischen Staaten in den 80ern bei schwachen 2,8 % pro Jahr so sank dieser Wert in den 90ern sogar noch auf 1,8 % ab. Im Vergleich zum Nachkriegsaufschwung (1950-73), als es Wachstumsraten von jährlich 4,5 % gab, sind diese Werte extrem niedrig. Es wird - gemessen daran, was sich die Menschen leisten können, nicht daran, was sie brauchen - zu viel produziert (das nennt man „Überproduktionskrise“; die klassische Krisenform des Kapitalismus). Die Profite steigen zwar, aber die Profitrate (die anzeigt ob sich die Investition „rentiert“) sinkt, die Konkurrenz wird immer größer. Die Wachstums- und Produktivitätsraten und die Investitionsraten sind aber niedriger als in den

80er Jahren und liegen weit unter jenen der Nachkriegsboomjahre. Profite werden heute v.a. durch die verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft erhöht. Die Kapitalisten weichen vom produktiven Sektor in den spekulativen Bereich aus. Sie „spielen“



Auch an Hong Kongs Börse: Panik ums eigene Geld

lieber an den Börsen, weil hier mehr Geld zu erwerben ist. Dieses Spiel hat aber, wenn die völlig überhitzten Börsen zusammenbrechen, drastische Auswirkungen auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung - also z.B. auch auf die industrielle Produktion. Aus dem Spiel wird Ernst.

Das Ende der Modelle

Die Entwicklung der „Tiger-Staaten“ in Südostasien wurde über ein Jahrzehnt als Modell präsentiert. (Das war aber nicht das erste Modell. Seit Bestehen des Kapitalismus wurden verschiedene Teile der Welt als Modell für sein Funktionieren präsentiert: Europa - USA - Lateinamerika - Japan.) Die „Tiger“ entwickelten sich von wirtschaftlich unterentwickelten Agrarstaaten zu High-Tech-Produzenten mit enormen Wachstumsraten. Südostasien konnte seinen Anteil am Welthandel von 17 % (1950) auf 40 % (1997) ausbauen. Da der Boom aber v.a. durch ausländischen Kapital-

zufluß finanziert war, wurde die Rückzahlung der Kredite durch das Steigen des Dollars verteuert. In Südostasien stürzte seit August in einer Art Dominoeffekt ein Staat nach dem anderen in die Krise, angefangen von Thailand, Malaysia, den Philippinen, Indonesien und Südkorea bis Hong-kong und Singapur. Die Koppelung der nationalen Währungen an den Dollar wurde gelöst, um die eigene Wirtschaft zu stärken und die Krise abzufangen. Letztlich stellte sich das aber als Auftakt zum Crash dar. Die Börsen stürzten um bis zu 40 % ab, viele der Staaten standen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Selbst Südkorea, das bereits in die „oberste Liga“ vordrang und die elfgrößte Wirtschaft ist, mußte heuer bereits eine Reihe von Mega-Konkursen erleben. Bisher haben 6 der 30 größten Gesellschaften Bankrott gemacht, darunter das Firmenkonglomerat Kia, der Stahlriese Hanbo und der Spirituosengigant Jinnu. Südkorea hat Auslandsschulden von 110 Mrd. Dollar, davon 66 Mrd. kurzfristige Kredite, die im Laufe des nächsten Jahres fällig sind. Wenn überhaupt, so können diese nur mittels massiver finanzieller Hilfe durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgezahlt werden.

Als letztes Modell gilt China mit seinem schier unendlich scheinenden Absatzmarkt und seinen konkurrenzlos billigen Arbeitskräften. 1994 war der Yuan um 35 % abgewertet worden, um den eigenen Exporten auf dem Weltmarkt einen Vorteil zu verschaffen. Auch das war - wegen der dadurch sinkenden Exporte der anderen südostasiatischen Staaten - ein Grund für die jetzige Krise. Denn nun mußten diese Staaten ihrerseits abwerten, um ihre Waren absetzen zu können. Die Krise der Tiger könnte aber für China, dessen eigenes Wachstum auch ins Trudeln geraten ist, selbst Schwierigkeiten bedeuten. Einerseits gehen 11 % seiner Exporte in die betroffenen Länder, andererseits führt deren Abwertung wieder zu verschärfter Konkurrenz.

Auf letztes Modell gilt China mit seinem schier unendlich scheinenden Absatzmarkt und seinen konkurrenzlos billigen Arbeitskräften. 1994 war der Yuan um 35 % abgewertet worden, um den eigenen Exporten auf dem Weltmarkt einen Vorteil zu verschaffen. Auch das war - wegen der dadurch sinkenden Exporte der anderen südostasiatischen Staaten - ein Grund für die jetzige Krise. Denn nun mußten diese Staaten ihrerseits abwerten, um ihre Waren absetzen zu können. Die Krise der Tiger könnte aber für China, dessen eigenes Wachstum auch ins Trudeln geraten ist, selbst Schwierigkeiten bedeuten. Einerseits gehen 11 % seiner Exporte in die betroffenen Länder, andererseits führt deren Abwertung wieder zu verschärfter Konkurrenz.

Japan als Retter?

Die USA versucht Japan zu drängen, als regionaler Retter aufzutreten (Sie selbst können aufgrund der eigenen immensen Schulden - 1,3 Billionen Dollar - nicht eingreifen). Clinton fühlt sich bemüht, zu erklären, Japan solle seine Inlands-

nachfrage stimulieren. Dabei „vergißt“ er allerdings, daß Japan eben das seit mehreren Jahren in insgesamt fünf (keynsianischen) Interventionspaketen erfolglos versucht hat.

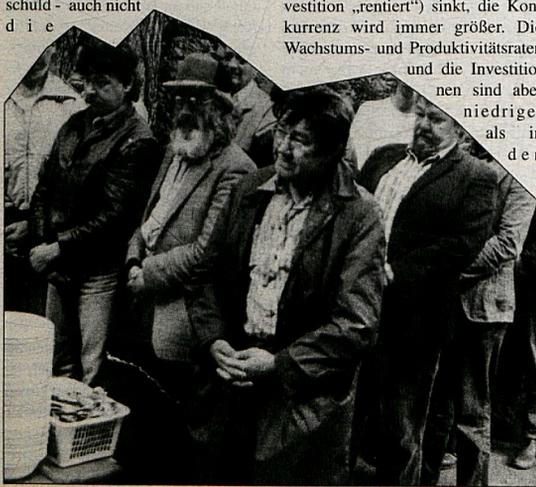
Konnte Japan 1987 noch eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung der Weltwirtschaft spielen, so sind die Voraussetzungen heute alles andere als günstig, da Japans Wirtschaft seit mehreren Jahren stagniert. Anfang der 90er zerplatzte in Japan eine Grund- und Bodenspekulationsblase, aus der noch immer uneinbringbare Schulden in Milliardenhöhe existieren. Dazu kommen noch Exportausfälle in die „Tigerländer“ (46 % aller japanischen Exporte gehen in andere asiatische Länder) und die neu hinzugekommenen nichteintreibbaren Schulden der kolabierten Tigerstaaten von tausenden Milliarden Dollar. Der Zusammenbruch des Yamaichi Wertpapierhauses (Japans größter Konkurs seit dem 2. Weltkrieg) und das panikartige (die Bürgerlichen nennen das „rasche“) Reagieren des Staates, machte die Schwäche der japanischen Wirtschaft deutlich. Da die Kapitalbasis der meisten Banken ausgehöhlt ist, sind weitere Einbrüche nicht auszuschließen. Ein Zusammenbruch Japans aber, der zweitgrößten Wirtschaft der Welt, bliebe nicht ohne Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

Alle sind betroffen

Die Krise in Südostasien kann nicht als regionales Problem abgetan werden. Auch wenn die unmittelbaren Effekte in dieser Region am stärksten sind, so sind doch durch die enorme Ausdehnung des Welthandels und durch die Verflechtung der Finanzmärkte die Folgen für die gesamte Weltwirtschaft enorm.

Auch auf den Finanzmärkten in Lateinamerika könnte ein neuer Krisenherd entstehen. Da Brasilien und Argentinien ihre Währungen ebenfalls an den Dollar gekoppelt haben, lockt das Währungsspekulanten an. Brasilien mußte im November bereits die eigene Währung durch Intervention des Staates stützen, die Börsenkurse sind um 40 % eingebrochen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch lateinamerikanische Währungen abgewertet werden, um auf den Exportmärkten bestehen zu können. Das könnte nach Südostasien eine weitere Abwertungsspirale in Gang setzen, die zwar die Exporte für diese Staaten erleichtert, aber gleichzeitig durch die Schwächung der Währungen im Vergleich zum Dollar (in dem die meisten Schulden bezahlt werden müssen) die Verschuldung erhöht.

Von zentraler Bedeutung ist die weitere Entwicklung der US-Wirtschaft (die 20,7 % des Welt-BIP produziert). Diese befindet sich trotz jahrelangem „Aufschwung“ in einer schwachen Position, denn das mageren Wachstum der letzten Jahre schlug sich im Dienstleistungssektor, nicht aber in der Produktion nieder, was sich u.a. in der niedrigen Investitionsquote von nur 16 % ausdrückt.



Wirtschaft schwankt!

Sofern überhaupt Arbeitsplätze geschaffen wurden, so im überwiegenden Fall unsichere, schlechtbezahlte Arbeitsverhältnisse - man spricht von den „working poor“. Außerdem muß die USA ebenso wie Europa mit Exportrückgängen, einem Abzug v.a. des japanischen Kapitals (Japan hat in der ganzen Welt rund eine Billion Dollar angelegt) und in Folge einem Rückgang beim Wirtschaftswachstum rechnen. 20 % aller US-Exporte gehen nach Südostasien, 12 % nach Japan. Im Oktober '97 fielen die Bestellungen für langlebige Güter bereits um 0,3 %. Experten schätzen, daß die jetzigen Einbrüche und die damit verbundenen Exportrückgänge das US-BIP um rund 1 % verringern werden. Horst Köhler, der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes rechnet mit einem Minus im erwarteten Wirtschaftswachstum für Deutschland 1998 um 0,3-0,5 %.

Die Weltwirtschaft ist insgesamt in einer Periode der Depression, von langfristiger Stagnation der Produktivkräfte - also einer dauerhaften Niedergangsphase. Obwohl es weiterhin zyklische Auf- und Abschwünge und in einigen Regionen auch reales Wachstum geben kann, befindet sich der Kapitalismus in einer schwächeren Position, in dem seine gesamten Widersprüche überdeutlich an die Oberfläche kommen.

Schlechte Ausgangslage

Der Börsenkrach von 1997 wird für die Weltwirtschaft weit schwerer zu verkraften sein, als jener von 1987. Damals war die Ausgangslage günstiger, Japan und Deutschland verfügten noch über große Reserven, die sie zur Stabilisierung einsetzen konnten. Der jetzige Crash aber folgt auf eine Periode von äußerst magerem „Wachstum“ (bzw. Stagnation in Japan), das noch dazu mit steigender Massenarbeitslosigkeit einhergeht. Der Zusammenbruch des einzigen wirklichen Wachstumsbereichs der Weltwirtschaft (Asien erzielte 60-65 % des Wachstums im Weltoutput zwischen 1990 und 1995) verschlechtert die Situation weiter. Der Sturz der Aktienkurse wird sehr reale Auswirkungen haben, vor allem weil die Nachfrage zurückgeht. Außerdem schätzen Experten, daß ein Rückgang der Aktienkurse um 10 %, um 1 % weniger Investitionen bedeutet. Weniger Investitionen aber können das Wirtschaftswachstum bremsen oder sogar stoppen.

Es ist jetzt zu erwarten, daß es zu einer weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums kommen wird. Eine Reihe von Faktoren (vor allem wie sich die US-Wirtschaft entwickelt) sind von zentraler Bedeutung dafür, wann die kommende Rezession eintrifft, wie tief sie sein wird und ob der jetzige Börsenkrach sogar zur Krise führt.

Ein weiterer Faktor, der die Situation zuspitzen könnte, ist die Wahrscheinlichkeit, daß, im Gegensatz zur Rezession 1990-93, die in den USA, Japan und Europa zeitlich ver-

setzt eintrat, eine kommende Rezession synchron, also de facto überall gleichzeitig, einsetzen wird.

Auch wenn auf den Börsen zu einem großen Teil mit fiktivem Kapital gehandelt wird, sind die Auswirkungen eines Börsenkrachs doch sehr real. In den USA haben 43 % aller Haushalte Aktien, der durchschnittliche Haushalt hat 40 % seiner Ersparnisse an der Börse investiert. Insgesamt stecken 3,3 Billionen Dollar in Pensionsfonds. Ein Bör-



Clinton: Kein Geld aber gute Tips

senkrach kann für diese Menschen das Ende jeglicher Altersversorgung bedeuten, ebenso wie in Chile, wo die gesamte Altersversorgung in Aktien angelegt ist. (Auch in Österreich will man uns zur Zeit einreden, von der staatlichen Pensionsversicherung abzugehen, und zumindest teilweise in Pensionsfonds auszuweichen. Das bringt zwar billiges Geld für die Kapitalisten, aber auch unsichere Pensionen für uns.)

Düstere Aussichten. Aber es geht nicht darum, ein Krisenszenario zu zeichnen und Panik zu verbreiten, sondern darum, die Lage der Weltwirtschaft realistisch einzuschätzen. Der Jubelchor des Kapitals hat bereits zu lange seine Lügel verbreitet.

„Neokolonialismus“?

Die ersten Auswirkungen des Crash können wir bereits beobachten. Mit Hilfe des IWF versucht der US-Imperialismus wieder, verstärkten Einfluß in Südostasien zu erlangen. Offiziell „hilft“ der IWF diesen Staaten, um ihre Wirtschaft zu unterstützen. Geschätzt wird, daß alleine 100 Mrd. Dollar für Südostasien (das ist doppelt soviel wie bei der Finanzkrise in Mexiko 1995) gebraucht werden. Aber diese Unterstützung läßt sich der IWF teuer bezahlen - mittels verstärkter Abhängigkeit.

IWF und Weltbank verlangen die Öffnung der Finanzmärkte, weitgehende Liberalisierung und Stellenabbau. Dies führt in der Praxis zu einem Ausverkauf der regionalen/nationalstaatlichen Banken. Im Fall Mexikos waren nach der „Rettung“ 4 der 5 großen heimischen Banken unter ausländischem Einfluß.

In Südkorea verlangen IWF und Weltbank die Schließung bzw. Zusammenlegung und Rationalisierung

bei den Banken. In Thailand wurden bereits 58 von 91 heimischen Finanzinstituten geschlossen. Bis zu zwei Drittel der Beschäftigten sollen gekündigt werden.

Fernost-Experte David Roche von der Beratungsfirma „Independent Strategie“ meinte gar, daß Thailand nur bei einer Verringerung des Lebensstandards von 20-25 % eine Chance hätte.

In Südkorea will der IWF sein „Rettungspaket“ rechtzeitig zu den Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember fertig haben. Und auch wenn dieses Paket sicher nicht unumstritten sein wird, so könnte eine allgemeine Stabilisierung der Situation doch dem Kandidaten der regierenden Partei (der ein Vertreter der Liberalisierung ist) nützen.

Die sehr realen Auswirkungen

Der internationale Sekretär der unabhängigen südkoreanischen Gewerkschaft KCTU, Yoon Young-mo, befürchtet, daß Regierung und große Unternehmen den IWF nutzen, um eine Verschlechterung der Arbeitsgesetzgebung, besonders der Kündigungsbedingungen, zu erreichen. Nutzen diese bisher die „Globalisierung“ als Argument für Lohn- und Sozialabbau, so haben sie nun mit dem Börsenkrach und in dessen Folge dem IWF einen „überzeugenden“ Partner. Der Zusammenbruch von Yamaichi in Japan kostet voraussichtlich 7000 Arbeitsplätze. In ganz Südostasien werden Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Der ABB-Konzern hat bereits angekündigt, „als Ergebnis der Regionalkrise in Südostasien, in Europa 10.000 Arbeitsplätze ab(zu)bauen“.

In Brasilien wurde ein Notprogramm verabschiedet, um das Vertrauen der ausländischen Geldanleger zurückzugewinnen. Das Paket beinhaltet neben einer Erhöhung der Einkommenssteuer und der Benzinsteuer auch Abgaben auf neue Autos und Bier sowie eine Pensionsreform“ und den Abbau von 33.000 Stellen im öffentlichen Dienst.

Regionalismus und Protektionismus

Die Regierungen der einzelnen Staaten versuchen, auf den Crash zu reagieren. Während die Kapitalisten in den letzten Jahren immer einen Rückzug des Staates forderten, verlangen sie nun - da sie in Schwierigkeiten sind - dessen Unterstützung. Sie wollen aus der Staatskasse (also durch unsere Steuergelder) saniert werden. Im Gegensatz zur „Globalisierung“ der letzten Jahre können wir in Zukunft wohl einen verstärkten Regionalismus bzw. in manchen Fällen sogar einen Rückzug auf die Nationalstaaten sehen. Einerseits wird von den wirtschaftlich schwächeren und nun geschwächten Staaten verlangt, sich zu öffnen, (um als Absatzmärkte für die entwickelten kapitalistischen Staaten zu dienen) andererseits versuchen die ent-



Südkoreanische ArbeiterInnen wehren sich!

wickelten kapitalistischen Staaten ihre eigenen Märkte zu schützen. Eine neue Welle des Protektionismus, auch von Seiten der schwächeren Staaten (wie z.B. in Lateinamerika) ist nicht ausgeschlossen.

Weg mit dem Kapitalismus!

Während die Reichen dieser Welt nicht wirklich unter dem Börsenkrach zu leiden haben (Bill Gates hat immer noch Milliarden), wird die ArbeiterInnenklasse hart davon getroffen. Sie ist es, die unter Sparpaketen, Sozialabbau, Entlassungen und einem Verlust ihres sauer verdienten Geldes leidet. Das Bild vom „Sieger“ Kapitalismus hält nicht mehr - sein Versagen wird überdeutlich. Vor allem unter Jugendlichen, aber auch in immer größeren Schich-

ten der ArbeiterInnenklasse wird sich auf dieser Grundlage ein anti-kapitalistisches Bewußtsein entwickeln. Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist bloß übergeblieben. Nun gilt es, ihm endlich den Todesstoß zu verpassen. Überall auf der Welt gibt es Bewegungen von ArbeiterInnen, von Landlosen und von Jugendlichen gegen den ganz alltäglichen kapitalistischen Wahnsinn. Der Widerstand findet ständig auf allen Kontinenten in zahllosen Kämpfen statt. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) hat es sich zum Ziel gesetzt, diese Kämpfe zu vernetzen und gemeinsam mit den verschiedenen Organisationen der ArbeiterInnenklasse und Jugend den Kampf für eine andere - eine bessere - Gesellschaft zu führen.

Alles wie 1929?

Der Wirtschaftsexperte Schulmeister über die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise 1929:

„Der wichtigste Grund, warum sich der Konjunkturreinbruch 1929 - ausgelöst durch den Börsenkrach in New York - zur globalen Depression entwickelte, lag in einer Wirtschaftspolitik, welche den Doktrinen der damals herrschenden liberalen Wirtschaftstheorie folgte:

- Arbeitslosigkeit kann nur durch Senkung der Löhne sowie der Unterstützungen für Arbeitslose bekämpft werden.

- Je mehr sich der Staat 'aus der Wirtschaft' zurückzieht, desto besser für die Gesellschaft.

- Jedenfalls soll der Staat ein ausgeglichenes Budget aufweisen, steigt es an, so muß es durch Ausgabenkürzungen reduziert werden.

- Alle Märkte sollen in maximalem Ausmaß liberalisiert werden, insbesondere auch die Finanzmärkte.

Als Folge des Konjunkturreinbruchs stieg die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen gingen

zurück, das Budgetdefizit weitete sich aus. Darauf reagierte der Staat mit einer Sparpolitik, insbesondere auf Kosten der Arbeitslosen, gleichzeitig gingen die Löhne zurück: beide Entwicklungen senkten die Einkommen und Nachfrage der Haushalte und damit die Umsätze der Unternehmen, worauf diese mit Investitionskürzungen und weiteren Entlassungen reagierte; so drehte sich die 'Abwärts Spirale' weiter, die schließlich in die ökonomische Depression mündete. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die extrem hohen Realzinsen als Folge einer restriktiven Geldpolitik der Notenbanken und fallender Preise (Deflation).“

Auch wenn wir nicht, wie vielleicht Schulmeister, der Ansicht sind, daß eine andere, eine „bessere“ Wirtschaftspolitik den Kapitalismus an sich „besser“ machen kann (weil die Probleme systemimmanent sind) so kommt uns doch sehr viel, was er für 1929 beschreibt, nur allzu bekannt vor.

Häupls Disneyland

UCI/ Multiplex und Kinosterben

Wien schlägt zurück. Als Antwort auf das „Wahnsinnprojekt“ von Multimillionär Stronach in Ebreichsdorf, der dort eine überdimensionale Erdkugel und eine Art Disneyworld schaffen will, droht nun die Stadt Wien mit Projekten selben Stils und selber Sinnhaftigkeit.

von David Mum, SOV NÖ

Weil in Ebreichsdorf vor allem Wiener BesucherInnen erwartet werden, drohe der Stadt ein Kaufkraftabfluß und Steuerausfälle in gigantischer Höhe. Die weitsichtige Antwort der rot-schwarzen „Stadtväter“ besteht darin, in Wien ebensolche Projekte der Freizeitindustrie zu errichten. Daß diese Rechnung nicht aufgehen kann und wird, liegt in der beschränkten Nachfrage. Wenn jede Gemeinde ihr eigenes Freizeitkomplexcenter baut, werden ebendiese mangels Rentabilität sehr bald wieder zusperrten. Dies zeigte schon das lange defizitäre Projekt von Eurodisney in Frankreich. Doch gegen jede Logik plant Wien die Umwandlung des Praters in eine Erlebniswelt und

die Errichtung von sechs Kinocentern a la UCI in der SCS in Vösendorf.

Schöne neue Erlebniswelt

Ganz im Sinne des vorherrschenden Zeitgeistes liegt die totale Vermarktung der ohnehin kargen Freizeit. Der Mensch muß auch noch in seinen letzten Freiräumen „marktgerecht“ sein. Freizeit- und Sportindustrie gehören leider zu den boomenden Branchen. Erlebnisse, die nichts kosten, sind keine, wird schon den Schulkindern einetrichtert. Solchen Entwicklungen muß Widerstand entgegen gesetzt werden.

Nicht berücksichtigt ist die Tatsache, daß es in Wien seit langem ein Kinosterben gibt und die vorhandenen Kinos unter geringer Auslastung

leiden. Mit dem Bau dieser Kinocenters droht vielen kleineren und alten Kinos das Aus. Die der Gemeinde Wien gehörenden KIBA-Kinos, die sich auf das Ausstrahlen von Kommerzfilmen beschränken, haben neuerdings die Atmosphäre und das Styling eines Supermarkts. Auf diesen Kinotypus zu setzen, bedeutet für den Lichtspielbereich dasselbe, wie wenn sich alle Theater auf den Spielplan der von Peter Weck geleiteten Vereinigten Bühnen Wiens beschränken würden, die nur amerikanische Kommerz-Musicals bringen. Hier würde es einen breiten Aufschrei geben. Das bedeutet einen Qualitätsverlust und stärkere Dominanz des Hollywood-Einheitsbreis, der Filme auf seichteste Unterhaltung beschränkt und Gesellschaftskritik ausklammert. Interessante Filme finden sich (leider) hauptsächlich in den privat betriebenen kleinen Kinos. Diese Entwicklung wird von der Stadt noch unterstützt und gefördert! Es war die Gemeinde, die das legendäre Taborkino zusperrte und die

sich um eine sinnvolle Nachnutzung kümmerte: Das Lokal wird an eine Supermarktkette vergeben! Dem Filmcasino - einem traditionsreichen Wiener Kino mit Original 50er Jahre Einrichtung - drohte ein ähnliches Los. Nur durch massiven Druck in der SPÖ und der Initiative der örtlichen Volkshochschule konnte das Kino nicht nur gerettet, sondern auch kulturell wieder belebt



Kommerzkinos im Vormarsch

werden. Auch die Funktion des Kinos als erster Treffpunkt sich anbahnender Beziehungen wird durch die neuen Kinos in Mitleidenschaft gezogen, haben sie doch die Romantik eines Tankstellenshops. Und das wollen wir doch wirklich nicht!

ACHTUNG!
SOV E - Mail Adresse:
SOV@mailexcite.com

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungs offensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umwelterstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeiterInnen führen.

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschafts diktatur der Unternehmer. Für die Ver gesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter Basis!

TERMINE

- 23.12. „X-Mas-Feier - Linke Lesung, Kabarett...“ OG Wien West
- 13.1. „Rosa Luxemburg“ OG Wien Ost
- 14.1. „Gewerkschaft der Eisenbahner“ GewerkschaftsStammtisch
- 20.1. „Neue AusländerInnengesetze“ OG Wien Süd
- 23.1. „Zivi/Heer - Das vergeudete Jahr?“ Regionalgruppe OÖ
- 26.1. „BundespräsidentInnenwahl - Frau sein als Programm?“ FrauenStammtisch
- 28.1. „Wen vertritt die FPÖ?“ OG Wien Mitte
- 30.1. „Kommunismus versus Anarchismus: 19.12. um 20 Uhr „Die Linke und die Bundespräsidentenwahl“ mit Vertretern der KPÖ, Initiative für eine sozialistische Politik, Grüne (eingeladen) im TU-Club, 4; Paniglgasse

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? **Komm in eine SOV-Ortsgruppen! Oder ruf uns an: 0222/524 63 10**

Wien

- Ortsgruppe Wien Süd:** jeden Dienstag 19 Uhr 4; „Das Wirtshaus“, Joh. Straußg. 42 (Ecke Schellingg.)
- Ortsgruppe Wien Ost:** jeden Mittwoch 19.30 Uhr SZ Simmering., Schneiderg. 15
- Ortsgruppe Wien Mitte:** jeden Mittwoch 19 Uhr 7; „Amerlinghaus“ Stüftg.8
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr „Club International“ 16; Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord:

- jeden Freitag 19.30 Uhr „Cafe Spectrum“ 2; Arnezhofergasse 8
- GewerkschaftsStammtisch:** jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4
- FrauenStammtisch** jeden 2. und 4. Montag im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

- jeden Samstag 14 Uhr „Hotel Kiew“ Stelzhammerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

- Cafe Einhorn, Singergasse Termine bei der Redaktion

Kampffonds aktuell



von Ali Kropf



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

- Ziel Sept. bis Nov.: 90.000 öS-davon erreicht: 68 %
- Ziel Dez. bis Feb.: 60.000.-
- Besonderer Zeitungsverkauf: GPA-Demonstration 20.11.: 78 Zeitungen
- Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein **Vorwärts**-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!

DEN!



Neues
aus dem
CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI)/ Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

UIT/CWI

Gemeinsames Statement:

In dieser Periode mit einer Zunahme von Klassenkämpfen, ist der Aufbau revolutionärer Organisationen und einer revolutionären Internationale mit Verankerung in der ArbeiterInnenklasse von zentraler Bedeutung. Die Zusammenarbeit verschiedener revolutionärer/trotzkistischer Kräfte ist dafür ein wichtiger Schritt. In diesem Sinn hat das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) mit der Internationalen Arbeitervereinigung (UIT) einen Diskussionsprozess begonnen und ein gemeinsames Statement herausgegeben.

Australien

Erfolg gegen Rechts

Rechtspopulistische Parteien, die davon profitieren, daß sozialdemokratische (und bürgerliche) Regierungskürzungen durchführen, gibt es auch in Australien. Dort konnte die rechts-außen Partei "One Nation" unter der Führung von Pauline Hanson in den Meinungsumfragen bis zu 15 % erzielen. Sie hetzen gegen Aborigines (die australischen Ureinwohner) und ImigrantInnen aus Asien (die weniger als 10 % der Bevölkerung stellen). Wie auch bei uns hat eine "sozialdemokratische" Partei diese rassistische Propaganda aufgenommen und strikere Einwanderungsbestimmungen erlassen.

Der große Unterschied zu Österreich ist aber der breite Widerstand gegen "One Nation". Die Gegendemonstrationen vor Veranstaltungen der Rechten sind meist 10x größer als die Treffen selbst. Im Bundesstaat Viktorien kann die australische Schwesterorganisation der SOV, Militant, die maßgeblich an der Bewegung gegen "One Nation" beteiligt ist, auf beachtliche Erfolge verweisen. Als Ergebnis der verpatzten Tour von "One Nation" ist nicht nur deren Unterstützung gesunken (von 13,5 % auf 8 % in Australien, in Viktorien sogar auf 2-3%), sondern hat Militant seine Kräfte verdoppelt.

Britannien

Safe Free Education

Blairs rechte New Labour Regierung führt einen Generalangriff auf den freien Hochschulzugang durch - ab Herbst 1998 sollen Studiengebühren von rund 20.000,- 6S eingeführt werden. Dagegen mobilisiert die Socialist Party (Britische Schwesterorganisation der SOV) die Kampagne "Safe Free Education". Tausende SchülerInnen und StudentInnen beteiligen sich an Demonstrationen, Treffen, Kundgebungen...

Radikale Islamisten

Ein zweischneidiges Schwert

58 Tote durch Anschlag in Luxor/Ägypten, brutale Massaker in Algerien, Tote und Verletzte durch Selbstmordattentäter in Tel Aviv und Jerusalem. Das Ziel: Die Errichtung eines islamischen Gottesstaates mit der Schariah als „gottgewolltes“ Rechtssystem. Was sind die Ursachen für das Erstarken radikaler Islamisten?

von Katja Arthofer, Rolle der USA
SOV Wien Ost

In Ägypten leben mindestens 34 % der Bevölkerung in absoluter Armut - Tendenz steigend, 50% Analphabeten. In Algerien sind die Zahlen ähnlich, in Palästina/besetzte Gebiete liegt die Arbeitslosigkeit bei bis zu 50 Prozent (z.B. Westjordanland). Die soziale Situation der Massen hat sich in den arabischen Ländern seit den 70er Jahren drastisch verschlechtert. Unter dem Druck von Weltbank und IWF wurden soziale Kürzungen beschlossen und privatisiert. Die Krise der Weltwirtschaft verstärkte die schon schlechte wirtschaftliche Situation weiter. Der IWF fordert in all diese Länder die Reduzierung von staatlichen Subventionen - wie sie z.B. für Brot existieren. Die seit 1996 im Amt befindliche ägyptische Wirtschaftsministerin setzt auf Privatisierung und ausländische Investoren. Sowohl Ägypten, wie Algerien (Tunesien ...) sind - vom Westen gestützte - defacto Militärdiktaturen. So kamen bei den Kommunalwahlen dieses Jahr in Ägypten 4/5 aller zugelassenen Kandidaten aus der regierenden Nationaldemokratischen Partei Mubaraks.

Ursprünglich waren „fundamentalistische“ Gruppen vor allem mit Hilfe der USA aufgebaut worden, um sie gegen die „kommunistische Gefahr“ einzusetzen und ein Gegengewicht aufzubauen. So unterstützte der CIA z.B. Aktivisten der Gamaa-jener Gruppe, die für den Luxor-Anschlag verantwortlich ist - um sie als Hilfe für die Mud-schaheddin in Afghanistan gegen das KP-Regime einzusetzen. Der Führer der Gamaa, Scheich Rahman, wurde von den USA nach Afghanistan geflogen, um seine Leute schulen zu können. Jetzt ist er in den USA in Haft - er war verantwortlich für den Anschlag auf das World Trade Center in NY.

Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus hat sich die Situation für die islamische Welt völlig verändert. Vorher erreichten einige Länder durch Lavieren zwischen den Supermächten eine gewisse Sonderentwicklung, so bedeutet heute jede Abweichung von der neuen (US-), Weltordnung" offenen Konflikt. Das irakische Regime - früher von Ost und West umhatselt ist ein Beispiel dafür. Gleichzeitig ist mit 1989 eine mögliche Alternative



58 Tote bei Terroranschlag islamischer Fundamentalisten in Ägypten

ideologisch verlorengegangen. Eine Kette von Niederlagen der oft moskauorientierten Linksparteien im arabischen Raum wurde damit vollendet. Die Linke hat es nicht geschafft die nationale Frage zu lösen: Die arabische Nation ist nachwievor durch unzählige, von den ehemaligen Kolonialherren willkürlich gezogene, Grenzen zersplittert. Die Fundamentalisten versprechen als einzige Einheit, Gerechtigkeit und vor allem konsequenten Kampf gegen den Imperialismus. Vergessen darf man nicht, daß das in den westlichen Medien gezeichnete Bild der „fundamentalistischen Schlächter“ nur die halbe Wahrheit zeigt. Die Hamas z.B. organisiert soziale Projekte. Doch auch das ändert an der absolut reaktionären Gesamteinstellung von radikalen Islamisten nichts, wie die Zu-

stände im Iran deutlich zeigen. Einmal an der Macht, werden Frauen unterdrückt, Streiks blutig niedergeschlagen und demokratische Rechte mit Füßen getreten. An der sozialen Situation der Massen ändert sich wenig.

Mubarak&Co reagieren auf die Attentate ihrerseits mit staatlichem Terror. Das trifft vor allem auch jene GewerkschafterInnen, Frauenorganisationen und Linken. Ägypten z.B. wird seit Monaten nicht nur von Fundamentalisten, sondern auch von Baueraufständen erschüttert. Der Hintergrund ist die Aufhebung der Nasserschen Landreform auf Druck des IWF. Widerstandskomitees wurden gegründet. Solche Ansätze - und nicht die vom Imperialismus gestützten Regierungen - könnten dem Fundamentalismus die Basis entziehen.

StudentInnenproteste in Deutschland

'Seminarleiter statt Eurofighter'

In den letzten Jahren hatten die Angriffe der Kohl-Regierung auf das Bildungswesen in Deutschland immer wieder tausende SchülerInnen und StudentInnen auf die Straße gebracht. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz (HRG) soll nun endgültig der Schritt zur Eliten-Uni gemacht werden. Das führte zur größten Jugendbewegung seit den 70er Jahren.

von Claus Ludwig,
Sozialistische Alternative
(SAV), Deutschland

Schon bisher war Studieren in Deutschland teuer. Gerade 15 % der Studierenden erhalten BAFöG (einen "günstigen Kredit") - durchschnittlich gerade 4500,- Schilling. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz wird aber alles noch schlimmer. "Das neue HRG bietet viel mehr Entscheidungsfreiheit", meinen die Politiker. Die "Autonomie" des HRG ist vor allem die Autonomie der Hochschulen, zu entscheiden, in welcher Höhe sie Studiengebühren kassieren wollen. Die Studierenden können dann "frei" wählen: Ob sie im mit staatlichen Almosen notdürftig zusammengehaltenen geisteswissenschaftlichen Bereich den Kampf um die knappen Sitzplätze im Hörsaal aufnehmen. Oder ob sie zukunftsorientiert bezahlt und im Interesse der Wirtschaft "forschen" (wie wenig umweltschädlich ein Produkt ist, wie sehr der Mensch Streß braucht, wie gut das ganze System ist...).

"Die Kassen sind leer, der Staat

muß sparen", das Argument wird in Österreich genauso gebracht wie in Deutschland. Für ihre Lieblingsprojekte haben jene, die das sagen, aber immer Geld. So erhöhte der Berliner Senat die Zuschüsse für die private Europäische Wirtschaftshochschule EAP um 9 auf 39 Millionen Schilling. Dort wird eine Eliteausbildung für 500 Studierende organisiert. Allein mit dem, was der Eurofighter, das teuerste Rüstungsprojekt in der Geschichte der BRD, kostet, wäre der gesamte Bildungs- und Forschungsetat für zwei Jahre gesichert! Mit dem selben Geld könnte allen Studierenden eine elternunabhängige Mindestsicherung von rund 10.000 Schillingen pro Monat für fast ein Jahr bezahlt werden.

In Gießen beginnts'

Ende Oktober trat die Uni Gießen in einen unbefristeten Streik - der Auslöser war ein überfülltes Seminar, das den Unmut über die miserable Situation an der Uni endgültig überkochen ließ. Darauf schlossen sich auch andere hessische Unis an. Unabhängig davon hatten in Bre-

men die StudentInnen einen Streik begonnen, als sie herausfanden, daß im Haushalt für 1998 Studiengebühren eingeplant waren. Ihre Aktionen haben das bereits verhindert!

Nachdem sich auch Universitäten aus anderen Bundesländern einklinkten und das ganze dann noch mit einer schon länger geplanten Aktionswoche zusammenfiel, weitete sich die Bewegung aus: Am 27. November gingen über 40.000 Studierende in Bonn auf die Straße, Anfang Dezember waren 70 Unis in ganz Deutschland im Streik.

Um die Bewegung abzuschwächen, aber auch um die "braven" StudentInnen von den bösen Linken zu spalten, heucheln die Politiker nun freundliche Zustimmung. Überall wird verkündet, es sei nicht wie '68, sondern das wären nur StudentInnen, die anständig studieren und "etwas leisten" wollen.

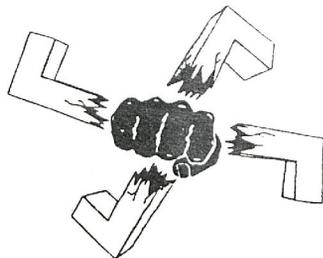
Tatsache ist aber, daß die Bewegung durchaus ein einheitliches Ziel hat: Weg mit dem Hochschulrahmengesetz! Der aktiven Basis der Bewegung geht es nicht einfach um die eigene Brieftasche, sondern v.a. auch darum, zu verhindern, daß Bildung Eliten-Sache wird. Es wird versucht, Verbindung zu SchülerInnen und Azubis (Lehrlinge) aufzubauen, die StudentInnen schicken Delegationen an Schulen und in Betriebe (z.B. Ford-Köln), um die Bewegung zu verbreitern.



Massendemo in Bonn

Die Regierenden sind sehr beunruhigt über diese Entwicklung (1998 sind Wahlen!). Ein erstes - wenn auch eher lächerliches - Zugeständnis gibt es bereits: plus 560 Millionen Schilling für die Universitätsbibliotheken (das sind 280,- Schilling pro StudentIn).

Der Druck auf die Regierenden ist groß, aber auch jener auf die Studierenden - für Gießen, Frankfurt und Köln droht der Verlust des Semesters. Aber wie auch immer die Bewegung ausgeht - tausende StudentInnen haben sich an Streiks und Demonstrationen aktiv beteiligt - und damit eine hervorragende Basis für die nächsten Bewegungen gelegt.



Burschenschaften zerschlagen!

In der Nacht von 8. auf 9. November veranstaltete die deutschnationale Burschenschaft Olympia eine Feier. Historisch ist dieser Termin schwer belastet: Die Nazis veranstalteten 1938 zwischen 8. und 9. November das bisher größte Judenpogrom und tauften das Ereignis zynisch "Reichskristallnacht". In voller Wucht versammelten sich nun, 1997, etwa 50 Burschenschafter in ihrer Bude in der Gumpendorferstraße. Deutlich konnte man rechtsextreme Parolen hören. Aus diesem Grund marschierten JRE-AktivistInnen spontan zu deren Gebäude und begannen, mit antifaschistischen Liedern gegen diese Form der Wiederbetätigung zu protestieren.

Sonia Fertinger,
SOV Wien Nord und
Dieter Ratz, JRE Wien Nord

Einige Burschenschafter reagierten sofort mit rechten Beschimpfungen und begannen, mit Biergläsern zu werfen. Dann postierten sich etwa 20 Mitglieder der Verbindung vor ihrem Haus. Nach einem Wortgefecht kam es zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlauf von einigen Burschenschäftern Tränengas, das übrigens in Österreich noch immer verboten ist, eingesetzt wurde. Teilweise schlugen sie auf einzelne JRE-AktivistInnen

zu fünf ein. Sieben JRE - AktivistInnen wurden verletzt, zwei mußten anschließend ins AKH eingeliefert werden.

Um dem ein Ende zu bereiten, startet JRE nun gemeinsam mit anderen linken Organisationen eine neue Kampagne gegen die Burschenschaft Olympia, die bis zu deren Verbot wegen Wiederbetätigung führen soll.

Das erste Plenum fand unter schwierigsten Voraussetzungen statt: Schon vor Beginn der Veranstaltung gab es in und vor dem Lokal massive Polizeipräsenz, PlenumsteilnehmerInnen wurden gezwungen, sich

auszuweisen, das Lokal wurde durchsucht. Schließlich versammelte man sich mit einer Stunde Verspätung an einem passenden Ort, um dort das Plenum fortzusetzen. Dieser ungeheuerliche Kriminalisierungsversuch von AntifaschistInnen durch die Polizei hat deutlich vor Augen geführt, wie wenig der Staat bereit ist, etwas gegen rechten Terror zu unternehmen bzw. wie jene behandelt werden, die es tun!

Geplant sind bis jetzt eine Demonstration, Kundgebungen vor ihrem Haus, sowie weitere Infotische und Unterschriftenlisten, um eine Auflösung der Burschenschaft und die Überführung ihrer Bude in ein gemeinnütziges Jugendzentrum zu erreichen. Mobilisiert werden soll nicht nur unter "Linken" sondern auch unter der Bevölkerung, die in der Nähe des rechten Hauses lebt. Denn sie sind tagtäglich betroffen von diesem rechtsextremen Belästigungen.

Die Tageszeitung "Die Presse" macht sich zum Handlanger der

Olympia wenn sie am 3.12. Mathias Kornschill von der Olympia sagen läßt, er befürchte eine "linke Gewaltorgie" - ging doch die Gewalt auch in diesem Fall von den Burschenschäftern aus!

Auch die Klage mit der die Olympia uns droht, wird uns nicht einschüchtern!

Die Demonstration findet am Freitag den 12.12. statt.

Treffpunkt: 17.30 Westbahnhof!

Weitere Treffen und Aktionen sind unter der Telefonnummer 5246310 (es meldet sich die SOV) zu erfahren.

Burschenschafter:
Keine Fotomontage!



Olympia - Rechtsextrem seit vielen Jahren...

Michi Bonvalot,
JRE Wien Nord

Die Burschenschaft Olympia ist in der Nacht von 8. auf 9.11. keineswegs zum ersten Mal einschlägig aufgefallen. Im Gegenteil, sie hat, genauso wie die meisten anderen deutschnationalen schlagenden Burschenschaften in Österreich, eine lange rechtsextreme Tradition. Doch ist sie trotzdem etwas Besonderes. Gemeinsam mit der Teutonia Wien und der Brixia Innsbruck bildet sie den harten Kern der DBÖ, der Deutschen Burschenschaft in Österreich. Dort sind jene schlagenden Burschenschaften versammelt, die immer noch mit Säbeln aufeinander einschlagen, um sich ihren Mut zu beweisen. Ein Burschenschafter beschrieb das Gefühl in der Sendung X-Large einmal als mit dem ersten Orgasmus vergleichbar.

Die Olympia ist darüber hinaus auch Vorsitzende der DB, der Deutschen Burschenschaft, einer

rechten Burschenschaftervereinigung des gesamten deutschsprachigen Raums mit 141 Verbindungen und rund 25.400 Mitgliedern. Dort tut sie sich mit Anträgen gegen die Überfremdung des deutschen Volkes hervor. Und für ihre Erstsemestrigenfeste verteilt sie Einladungen mit dem Werbetext: „(es) gibt Spaß mit rassistischen oder wenigstens unappetitlichen Männerwitzen“.

Auch historisch hat die Burschenschaft Olympia einiges zu bieten. Am 8. Juni 1938 fand anlässlich der Annexion Österreichs eine „eindrucksvolle Feier“ statt. (Broschüre der Olympia, zitiert aus den „Antifaschistischen Nachrichten“).

Nach dem 2. Weltkrieg war die Olympia weiter voll aktiv. Durch ihren Mitbegründer, den Chef der neonazistischen NDP war sie massiv in den Südtirolterror eingebunden. 1959 wurde sie übrigens bereits wegen Wiederbetätigung verboten.

Auch den ersten politischen To-

ten der 2. Republik, den Kommunisten und ehemaligen KZ-Häftling, den damals 65-jährigen Ernst Kirchweber, kann die Olympia „auf ihr Konto buchen“. 1965 wurde er bei einer antifaschistischen Demonstration vom Olympien und Mitglied des Rings freierwilliger Studenten (RFS), Günther Kümel, erschlagen. Kümel wurde übrigens zu 10 Monaten Haft verurteilt, als strafmildernd sah das Gericht an, daß Kümel aus Furcht gehandelt hätte.

... gute Kontakte

In den 80ern tat sich die Olympia durch gemeinsamen Saalschutz mit Gottfried Küssels VAPO Truppe hervor, in den 90ern protestierte Olympie und RFS-Kandidat Matthias Korschill im Namen der Burschenschaft in der rechtsextremen Zeitschrift „Fakten“ gegen die Nichterwähnung des „Gesinnungsurteils“ gegen ebendiesen.

Doch nicht nur zur offenen Naziszene hat man Kontakte, im Gegenteil: der Wiener FPÖ-Obmann Rainer Pawkowicz war lange Jahre Olympie (er ist aus persönlichen Gründen ausgetreten), der Hochschulsprecher der Freiheitlichen, Martin Graf ist es bis heute. Überhaupt scheint die Olympia an der FPÖ und ihrer Studentenorganisation RFS Gefallen gefunden zu haben. Insbesondere der RFS und auch Teile der FPÖ-Wien sind eindeutig burschenschaftlich dominiert. Etliche Burschen der Olympia kandidieren bei ÖH-Wahlen auf der Liste des RFS und sind auch sonst „freiwillig“ aktiv. In der rechtsextremen Zeitung „Eckartbote“ (Nr. 11/97) rühmt sich Gernot Stefan, ein Olympie und RFS-Kandidat sogar, daß seine „Bundesbrüder ... den RFS wieder aus seiner Agonie erweckt“ hätten.

Als abschließendes Urteil kann gesagt werden, daß die Olympia eine im rechtsextremen Spektrum herausragende Verbindung mit

guten Kontakten zur FPÖ ist, die eine jahrzehntelange militant rechte Tradition hat.

Prominente Burschenschafter und ihre derzeitigen oder ehemaligen Verbindungen:

Jörg Haider (Albia Bad Ischl, Silvania Wien), FPÖ

Gottfried Küssel (Danubia-Markomannia), VAPO

Rainer Pawkowicz (Olympia Wien), Vorsitzender der FPÖ Wien

Norbert Burger (Olympia Wien), ehem. NDP-Vorsitzender - (ist bereits in Wallhalla)

Ewald Stadler (Skalden Innsbruck), Klubobmann der FPÖ

Franz Raal jun. (Teutonia Wien), VAPO, ehem. Briefbomben-Verdächtiger

Holger Bauer (Scardonia Schärding), FPÖ-Nationalrat

Andreas Mölzer (Vandalia Graz), ehem. Chef des freiheitlichen Bildungswerk und Pornouator

Martin Graf (Olympia Wien), Hochschulsprecher der FPÖ

Demonstration gegen Burschenschaften: 12.12. um 17.30 Uhr, Wien-Westbahnhof